



Interviews

Datum: 31. März 2023

Katja Mast im Gespräch mit Silvia Engels

Silvia Engels: Am Telefon ist nun Katja Mast. Sie ist die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion. – Guten Morgen, Frau Mast!

Katja Mast: Guten Morgen, Frau Engels.

Engels: Wir haben es gehört: Haushaltsprobleme. Ist die Einführung einer Kindergrundsicherung für 2024 de facto eigentlich schon vom Tisch?

Mast: Es wird die Kindergrundsicherung auf jeden Fall geben. Das ist gerade für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein ganz wichtiges Projekt in dieser Legislatur. Sie soll ja ab 2025 gelten und wir sind da in den ganz normalen Gesprächen der Umsetzung und Haushaltsberatung. Ihre Anmoderation hat es ja schon gezeigt, das war nicht Gegenstand des Koalitionsausschusses, wie alle anderen Haushaltsberatungsfragen ebenfalls nicht Gegenstand des Koalitionsausschusses waren.

Engels: So weit, so klar. Aber warum eigentlich nicht? Man hat sich ja nun Stunden genug genommen und dieses, sagen Sie, so wichtige Thema fand da keinen Platz?

Mast: Wir haben ja für die Haushaltsberatungen einen ganz klaren Fahrplan. Im Juni wird der Haushalt im Bundeskabinett beschlossen, am 1. Dezember wird der Haushalt im Bundestag beschlossen. Es ist mir wichtig, dass das dann erst im Winter quasi erfolgt, am 1. Dezember, und deshalb haben wir da klare Verfahren. Und wir haben ja noch viele weitere wichtige Projekte in dieser Koalition gemeinsam.

Bei der Kindergrundsicherung ist mir besonders wichtig, dass wir den ersten Schritt ja schon gegangen sind, in dieser Koalition gemeinsam, nämlich mit der größten Kindergelderhöhung seit Jahrzehnten auf 250 Euro für jedes Kind. Die künftige Kindergrundsicherung sollte ja einen Basisbetrag haben, wo jedes Kind gleich viel bekommt, und damit ist mit diesem Finanzvolumen von ungefähr vier Milliarden Euro schon der erste wichtige Schritt gegangen worden.

Engels: Ein erster wichtiger Schritt. – Aber die Eckdaten, die die grüne Familienministerin Lisa Paus in ihrem Vorhaben vorsieht für die Kindergrundsicherung, meinen, dass dementsprechend zusätzlich jährlich zwölf Milliarden für die Kindergrundsicherung drin sein müssten. Finanzminister Lindner lehnt das ab. Haben Sie denn irgendwelche Signale, dass sich hier noch etwas bewegen könnte bei der FDP?

Mast: Es muss sich auf jeden Fall was für die Kindergrundsicherung bewegen, weil wir möchten ja, dass die Leistungen automatisch bei den Kindern und Familien ankommen. Zum Beispiel der Kinderzuschlag, den wir auch erhöht haben, der ja für Familien ist, die arbeiten und trotzdem nicht genug Einkommen haben, den nehmen heute nur um die 35 Prozent derjenigen in Anspruch, die ihn bekommen könnten, und wenn wir wollen, dass er automatisch bei den Leuten ankommt, wird sich diese Zahl ja deutlich erhöhen und damit auch die Ausgaben beispielsweise deutlich erhöhen. Deshalb ist völlig klar, dass es nicht nur ein Digitalisierungsprojekt ist, sondern auch noch konkrete Arbeit vor uns liegt, aber das sind ja Dinge, die klären sich A in den Haushaltsberatungen und B in den konkreten Gesetzesberatungen.

Engels: Aber das geht doch an die Adresse von FDP-Finanzminister Lindner. Wäre dazu nicht noch mal ein eigener Koalitionsausschuss fällig?

Mast: Wir werden sehen, wie die Dinge geklärt werden, aber im Moment sind diese Fragen alle noch in der fachlichen Zuständigkeit der Bundesregierung und in den Regelprozessen und deshalb wie gesagt nicht Gegenstand des Koalitionsausschusses. Ich finde aber, dass der Koalitionsausschuss auch so schon sehr viele gehaltvolle Entscheidungen getroffen hat und viele Dinge geklärt hat.

Engels: Darauf kommen wir jetzt zu sprechen, denn das Stichwort lautet Klimaschutz. Da starten wir mal mit einem Rückblick auf 2019, denn damals hatte in der Großen Koalition die damalige Umweltministerin Svenja Schulze von der SPD das frisch beschlossene Klimapakete gefeiert, und zwar deshalb, weil jeder Sektor nun separat für Klimaschutzziele verantwortlich wurde. Hören wir mal rein in 2019:

O-Ton Svenja Schulze: „Das ist ganz klar vorgesehen für jeden einzelnen Bereich. Für den Verkehr, für die Gebäude gibt es feste Einsparziele und diese Ziele werden von einem Expertenrat überprüft, ob das wirklich eingehalten wird, und wenn nicht, dann muss der zuständige Minister oder die Ministerin sofort handeln. Die muss ein Programm vorlegen, wie die Ziele denn dann noch erreicht werden können. Also es ist ganz klar und verbindlich geregelt.“

Engels: Ganz klar und verbindlich, sagt Svenja Schulze. Gut drei Jahre später schleift die SPD diese klaren verbindlichen Verantwortlichkeiten. Warum?

Mast: Zuerst mal bleibt es bei unseren anspruchsvollen und ambitionierten Klimaschutzzielen. Wir wollen 2045 klimaneutral sein und dafür ist das Klimaschutzgesetz letztendlich das Instrument, um das umzusetzen.

Mir ist wichtig, dass wir kein Gramm CO₂ mehr zulassen in der Betrachtung, und das ist ja die eigentlich relevante Frage, dass die Bundesregierung, auch das Parlament, dass wir uns alle darauf fokussieren, Kli-

neutralität herzustellen, und das ist nicht trivial, wie wir an vielen Diskussionen jeden Tag merken, und die Bürgerinnen und Bürger merken ja auch, dass es in ihren direkten Bereich geht: Wie sieht es aus mit Mobilität? Wie sieht es aus mit meinem Gebäude? Wie sieht es aus mit der Heizung? Da wird Klimaschutz sehr schnell konkret und materialisiert sich.

Was wir jetzt verabredet haben ist, dass wir gesagt haben, künftig ist die ganze Bundesregierung dafür zuständig, die jährlichen CO₂-Reduktionen hinzubekommen, ich sage es mal etwas umgangssprachlich, hinzubekommen. Das wird aber weiterhin auch an Sektoren gemessen. Der Expertenrat schaut sich weiterhin jeden Sektor einzeln an und sagt, so sieht es in dem Sektor aus, so sieht es in jenem Sektor aus.

Neu ist, dass wir künftig auch die Zukunft mit hineinnehmen in die Betrachtung. Ich mache ein Beispiel dafür. Wenn wir heute entscheiden im Verkehrssektor – und das haben wir ja auch im Koalitionsausschuss entschieden –, noch mehr in Lade-Infrastruktur zu investieren, dann habe ich mit einer neuen Ladesäule eigentlich noch keine CO₂-Neutralität hergestellt; ich habe nur eine Ladesäule gebaut. Aber es ist völlig klar, dass diese Infrastruktur-Frage die wichtige Voraussetzung dafür ist, dass wir die Flotte bis 2045 bei 15 Millionen Elektrofahrzeugen haben, und deshalb ist es wichtig, dass man die Zukunft auch mit betrachtet und dann entsprechend nachsteuert. Sollte die Bundesregierung zwei Jahre hintereinander nicht ihre Klimaschutzziele erreichen, muss sie in einem Klimaschutzplan nachsteuern, und wir werden auch im parlamentarischen Verfahren darauf achten, dass künftig das dann auch getan werden muss. Das ist mir als selbstbewusste Parlamentarierin ein ganz besonders wichtiger Punkt.

Engels: Selbstbewusstsein ist ein gutes Stichwort, denn wir sehen ja doch, dass jetzt wieder konkrete Zuordnung und Verantwortlichkeit, die vor allen Dingen in letzter Zeit auf Verkehrsminister Wissing von der FDP ruhte, nun wieder auf eine gesamte Bundesregierung verteilt wird, wo man auch Verantwortlichkeiten hin- und herschieben kann. Warum nimmt die SPD so viel Rücksicht gerade auf die FDP?

Mast: Zuerst mal ist das was, was wir bereits im Koalitionsvertrag verabredet haben.

Engels: Rücksicht zu nehmen auf die FDP?

Mast: Nein, dass wir mehrjährig beim Klimaschutz die Ziele betrachten und dass wir eine Gesamtverantwortung machen. Das ist nicht erst im Koalitionsausschuss entstanden, sondern das haben wir ganz klar so verabredet. Wir steuern das damit noch effizienter. Und es ist doch völlig klar, dass es Sektoren gibt, in denen das besonders anspruchsvoll ist. Das ist sicher der Verkehrssektor, das ist aber auch beispielsweise der Gebäudesektor.

Gleichzeitig bauen wir in nie da gewesener Geschwindigkeit erneuerbare Energien aus. Dafür haben wir auch die Grundlage gelegt. Wir modernisieren unser Land. Deshalb ist es doch sinnvoll, dass wir schauen: Schaffen wir diese Bilanz insgesamt? Und deshalb ist das kein FDP-Programm, es ist kein Grünen-Programm, es ist ein Koalitionsprogramm.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.